

Pressemitteilung

Leipzig, 29.01.2024



Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen



Warnstreik im Nahverkehr in Sachsen-Anhalt

Die Gewerkschaft ver.di ruft die Beschäftigten der kommunalen Nahverkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt am 2. Februar 2024 zu einem ganztägigen Warnstreik auf.

Gegenwärtig finden in allen Bundesländern Tarifverhandlungen zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und den Kommunalen Arbeitgeberverbänden (KAV) statt. In Sachsen-Anhalt hat die erste Verhandlungsrunde am 12. Januar 2024 in Halle stattgefunden.

Im Zuge dieser Verhandlungen konnte keine Annäherung mit dem KAV Sachsen-Anhalt erzielt werden. Die Arbeitgeberseite legte keinerlei Angebot zu den Forderungen der Beschäftigten vor.

Dazu sagt Paul Schmidt, ver.di-Verhandlungsführer: „Die Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt müssen nicht nur den Fach- und Arbeitskräftemangel anerkennen, sondern sich auch dem Vergleich mit anderen Betrieben stellen. Es ist nicht zu erklären, wieso ÖPNV-Beschäftigte in Sachsen-Anhalt einige Hundert Euro weniger verdienen sollen als in anderen Bundesländern. Die extreme Belastung der Kolleginnen und Kollegen kommt noch hinzu.“

„Die Krankenstände sind hoch und die Überstundenkonten voll. In einigen Betrieben gelingt es längst nicht mehr, ausreichend Personal zur Einhaltung der Regelfahrpläne vorzuhalten. Nur wenn wir für Entlastung und wettbewerbsfähige Löhne sorgen, halten wir vorhandenen Belegschaften in den Betrieben und können am umkämpften Arbeitsmarkt ausreichend neue Kolleginnen und Kollegen gewinnen“, ergänzt Schmidt.

Obwohl die Forderungen seit dem 5. Dezember 2023 bekannt sind, wurde seitens der Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Daher ruft ver.di die Beschäftigten der kommunalen Verkehrsunternehmen in Dessau, Halle, Magdeburg und dem Burgenlandkreis am 2. Februar 2024 zu einem ganztägigen Warnstreik auf.

Hintergrund: Ab dem 01.03.2024 verdienen Fahrdienstbeschäftigte, die deutlich größte Gruppe in den Unternehmen, je nach Betriebszugehörigkeit in Sachsen zwischen 3.116 Euro und 3.627 Euro. In Sachsen-Anhalt werden für die gleiche Tätigkeit lediglich zwischen 2.880 Euro und 3.141 Euro gezahlt.

Der Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) selbst schätzt, dass jährlich 4.000 bis 6.000 Beschäftigte aus den ÖPNV-Unternehmen ausscheiden und derzeit nur mit größter Mühe nachbesetzt werden können.

Pressemitteilung



Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen



Forderungen in der Tarifrunde:

Entgelt:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 550 Euro pro Monat
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 250 Euro pro Monat

Arbeitsbedingungen:

- Einführung von Zeitzuschlägen für die Arbeit an Samstagen in Höhe von 15 Prozent
- Erhöhung der Entschädigung für geteilte Dienste auf 30 Euro je Dienstschichtteil
- Erhöhung der Zulagen Schicht- und Wechselschichtarbeit auf 140 Euro bzw. 240 Euro
- Einberechnung der gesetzlichen Pausen in die Arbeitszeit im Fahrdienst
- Verlängerung der Regelungen zum Jubiläumsgeld

Auszubildende:

- Übernahme der Kosten für den Erwerb des Führerscheins der Klasse B, wenn dieser dienstlich notwendig ist
- zwei zusätzliche freie Tage zur Prüfungsvorbereitung vor Zwischen- und Abschlussprüfungen
- Angleichung der Zusatzleistungen an die Regelungen des TV-N Sachsen-Anhalt
- Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 65 Prozent

Ansprechpersonen für Rückfragen:

- zum Verhandlungsgeschehen: Paul Schmidt (Verhandlungsführer):
+ 49 171 2206294
- für Dessau: Wieland Kämpfe (Gewerkschaftssekretär): +49 171 3041069
- für Halle: Lucas Zahn (Gewerkschaftssekretär): +49 151 10664050
- für Magdeburg: Benjamin Schladitz (Gewerkschaftssekretär): +49 151 29906344
- für den Burgenlandkreis: Johannes Mielke (Gewerkschaftssekretär):
+49 151 40744326